

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Gehsteige, Gehwege - Überwachung durch die Ordnungswache (GRⁱⁿ Wagner, ÖVP)

Mit 1. Juni 2019 tritt die 31. StVO – Novelle in Kraft. Darin soll unter anderem die Verwendung von E-Scootern im Straßenverkehr neu geregelt werden. Ab diesem Zeitpunkt darf man mit dem E-Scooter auf allen Verkehrsflächen, die auch Fahrräder benützen dürfen, fahren.

In diesem Zusammenhang wird das seit langem bestehende Problem wieder aktuell werden, dass Radfahrer und E-Radfahrer nicht die für sie vorgesehenen Verkehrsflächen benutzen, sondern leider sehr häufig und absolut selbstverständlich die Gehsteige und Fußgängerzonen der Stadt Graz, die der Nutzung des Fußgängerverkehrs grundsätzlich vorbehalten sein sollten. Mit der nunmehr anstehenden Novelle der StVO ist daher jetzt schon mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass das für die Lenker von E-Scootern ebenfalls zutreffen wird.

Der durchaus erfreuliche Trend zu umweltfreundlichen Fortbewegungsalternativen darf sich nicht zu Lasten der schwächsten Verkehrsteilnehmer - den Fußgängern - entwickeln. Hier sind vor allem Senioren, Rollstuhlfahrer, Kinder, Personen mit Kinderwägen etc. betroffen und in einer sicheren Nutzung der für sie gedachten Bereiche gefährdet.

Es ist Aufgabe der Sicherheitsexekutive, diese Übertretungen der StVO zu beanstanden. Um aber eine bessere und lückenlosere Überwachung des nicht gesetzeskonformen Fahrzeugverkehrs auf Gehsteigen, Gehwegen, Fußgängerzonen und Grünanlagen zu ermöglichen, erscheint die Einbindung der Ordnungswache als probates Mittel. Die Ordnungswache ist bereits im städtischen Erscheinungsbild ein fixer und bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr positiver Bestandteil. Die Erweiterung ihrer Zuständigkeit würde dieses positive Image weiter steigern und auch die Vermittlung von Sicherheit im Erscheinungsbild der Stadt Graz anheben.

Eine Befugnis zur Anhaltung, Beanstandung und selbstverständlich auch Ahndung der gesetzten Verwaltungsübertretungen ist in den Aufgabenbereich der Ordnungswache aufzunehmen. Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

Antrag:

Die Magistratsdirektion möge überprüfen, ob die Übertragung der Kontrolltätigkeit von Seiten der Stadt angestrebt werden soll. Im Fall einer positiven Bewertung mögen die ersten Umsetzungsschritte eingeleitet werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.2 Begrünung von Baumscheiben
(GRⁱⁿ Dipl.-Mus. Braunersreuther, KPÖ)**

In einer Feinstaubhochburg wie Graz ist jeder Grünraum wichtig – für die Lunge der Menschen, aber auch für die Seele. Denn jedes Grün und insbesondere Blumen machen Freude. Einen Garten kann aber leider nicht jeder Mensch vor der Tür haben. Trotzdem bietet die Stadt genügend Freiflächen, die Potential für kleine Gärten bieten. Die Baumscheiben, meist trostlose Erd- oder Schotterflächen, sind meist ungenutzte potentielle Gartenbeete. Dabei gäbe es viele Menschen, die sich gerne um diese Fläche wie um ihre eigenen Gärten kümmern würden. Sie müssten nur offiziell Erlaubnis dafür bekommen und motiviert werden. In Wien etwa reicht eine kurze Nachricht an die Gebietsbetreuung, um die Patenschaft für eine Baumscheibe zugewiesen zu bekommen. Das System ist erfolgreich. Mittlerweile gibt es ganze Straßenzüge, in denen eine Baumscheibe schöner ist als die nächste.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die Begrünung von Baumscheiben in Form von Baumscheibenpatenschaften möge in Graz ähnlich dem Wiener Modell aktiv forciert und getragen werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.3 Evaluierung der Marktgebühren
(GRⁱⁿ Dipl.-Mus. Braunersreuther, KPÖ)**

Am 13.12.2018 wurde die Gebührenordnung für die Bauernmärkte am Kaiser-Josef-Platz und am Lendplatz geändert mit der Motivation, wochentags mehr MarktbesucherInnen auf diese Märkte zu bringen. Denn wer nicht pauschal für mehrere Markttage bezahlt, sondern per Abreißblock wie früher, läuft Gefahr, den für die MarktbesucherInnen gewohnten Standplatz zu verlieren. Nun, zu Beginn der starken Marktsaison, sollte evaluiert werden, ob diese Maßnahme erfolgreich war. Ob bereits etablierte StandlerInnen nun öfter kommen (was nur im Rahmen einer Vor-Ort-Evaluierung untersucht werden kann, denn nicht alle, die zahlen, um ihren Stammplatz nicht zu verlieren, kommen auch öfter), ob neue StandlerInnen dazugekommen sind oder ob die neuen Bestimmungen sogar die gegenteilige Wirkung hatten, dass nämlich StandlerInnen aufgrund der höheren Kosten die nicht unbeschwerliche Fahrt zum Markt aufgegeben haben.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Das Marktamts soll zu Beginn der Sommersaison und nochmals im Herbst eine Vor-Ort-Evaluierung der Bauernmärkte am Kaiser-Josef-Platz und am Lendplatz durchführen, um die Wirksamkeit der neuen Gebührenordnung zu überprüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.4 Ausweitung der Schutzzonen nach dem Altstadterhaltungsgesetz (GR Mag. Fabisch, KPÖ)

Um wichtige und interessante Teile unserer Stadtgeschichte zu erhalten, wird es immer bedeutsamer, um jedes kunst- und architekturhistorisch wertvolle Gebäude zu kämpfen. Die Errichtung von Schutzzonen war eine genauso notwendige Errungenschaft wie die Installierung des – auch von der KPÖ vehement geforderten – Altstadtanwaltes.

Aufgrund vieler Vorkommnisse im Zusammenhang mit beabsichtigten Bauvorhaben – ich erinnere an den Abriss des Kastellhofs und der Körösisstub'n oder in jüngster Zeit am Ruckerlberg – wurde von verschiedenen Seiten der deutliche Wunsch nach Ausweitung der Schutzzonen erhoben.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Die zuständigen Fachleute von Stadt und Land werden beauftragt, ein Konzept für die Ausweitung der derzeit bestehenden Schutzzonen zu erarbeiten und dem Steiermärkischen Landtag sowie dem Grazer Gemeinderat vorzulegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.5 Namensgebung für den bislang namenlosen Platz zwischen Annenstraße und Methahofgasse
(GRⁱⁿ Heinrichs, KPÖ)**

Kurz bevor die Straßenbahn in die Unterführung zum Hauptbahnhof einfährt, befindet sich stadtauswärts auf der rechten Seite der Annenstraße ein kleiner namenloser Platz. Da der Platz lediglich gepflastert ist und ansonsten aus festgestampftem Erdreich und Schotter besteht, habe ich in der letzten GR-Sitzung (11.4.2019) einen Antrag auf Begrünung bzw. Bepflanzung ebendort gestellt.

Da der Platz, wie schon gesagt, bislang unbenannt ist, und andererseits beim Vermessungsamt der Stadt Graz eine Liste von Möglichkeiten zur Benennung von Straßen und Plätzen nach verdienten Frauen existiert, möchte ich hiermit anregen, den Platz nach einer dieser Frauen zu benennen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Der bislang unbenannte, oben in seiner Lage beschriebene Platz möge nach einer verdienten Frau aus der oben erwähnten Liste benannt werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.6 Schaffung von Kassenverträgen zur Behandlung von Erkrankungen im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) sowie Ausbau von ambulatorischen Betreuungs- bzw. Rehabilitationseinrichtungen für KJP
(GRⁱⁿ Heinrichs, KPÖ)**

Laut einer Studie des Ludwig-Boltzmann-Instituts erkrankten 35% aller Kinder und Jugendlichen in Österreich einmal im Leben psychisch (Angststörungen, Depressionen, Störungen der neurologischen Entwicklung).

Ein Viertel der 10- bis 18-jährigen jungen PatientInnen in Österreich haben ernste psychische Probleme. Mindestens die Hälfte dieser Kinder bzw. Jugendlichen benötigt zur Behandlung dringend fachärztliche Behandlung auf Kasse.

Laut Volksanwaltschaft, Rechnungshofbericht, Ärztekammer, der Österreichischen Gesellschaft für KJP bzw. der Rechercheplattform Addendum ist es, was die Aufhebung der Missstände im Bereich der Versorgung bei KJP anbelangt, seit spätestens 2016 gerade in der Steiermark offensichtlich in mancher Hinsicht nur bei Lippenbekenntnissen geblieben.

2017 gab es seitens der GKK und des Landes Steiermark Zusagen zum Ausbau von Ambulatorien. Jedoch wurde laut Rechnungshof der Ausbau der KJP in der Steiermark nicht planmäßig umgesetzt. Die wenigen Beratungs- und Betreuungseinrichtungen reichen laut Ärztekammer bei weitem nicht aus. Großer Nachholbedarf besteht außerdem im Bereich des Ausbaus von ambulatorischen Betreuungs- bzw. Rehabilitationseinrichtungen für die KJP. In Graz gibt es zehn Fachärzte ohne Kassenvertrag, in der ganzen Steiermark keinen einzigen Facharzt mit Kassenvertrag.

In Graz ist mit Ausnahme der Beratungsstelle in der Plüddemanngasse (KiJuPlü) der Ausbau der ambulanten psychiatrischen Versorgung für Kinder und Jugendliche sowie die Idee der Einrichtung eines Krisendienstes erst auf dem Weg und kann laut ExpertInnen keinesfalls als zufriedenstellend betrachtet werden.

Der Regionale Strukturplan Gesundheit (RSG 2020 bzw. 2025) verspricht, dass „der Aufbau von ambulatorischen fachärztlichen Versorgungsstrukturen über den flächendeckenden Auf- und Ausbau von sozialpsychiatrischen Ambulatorien für KJP erfolgen“ wird.

Abgesehen davon, dass im RSG die Schaffung von Kassenstellen für FachärztInnen für KJP unerwähnt bleibt, bleiben auf einem dermaßen jahrelangen Weg der Planung von dringend nötigen Einrichtungen der KJP viele Kinder und Jugendliche auf der Strecke. Die notwendigen Beratungen, Behandlungen sowie Nachbehandlungen müssen für alle Betroffenen möglichst wohnortnahe erfolgen können und für alle Familien leistbar sein.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz tritt im Petitionsweg an den Landtag Steiermark sowie die Steiermärkische Landesregierung heran mit dem Ersuchen, im Regionalen Strukturplan Gesundheit (RSG) die Forderung nach Kassenstellen für FachärztInnen für die Kinder- und Jugendpsychiatrie zu ergänzen. Der Ausbau von ambulatorischen Einrichtungen sowie von Rehabilitationseinrichtungen für die KJP ist in ausreichendem Maße sicherzustellen. Bei der Realisierung sollten möglichst alle betroffenen und kompetenten Stellen (medizinische Einrichtungen, Sozialversicherungsträger, Ärztekammer, Volksanwaltschaft, Rechnungshof, Landesschulrat ...) einbezogen werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.7 Vergünstigte Saisonkarte für Grazer BäderbesucherInnen (GR Sikora, KPÖ)

Die heurige Badesaison bringt für die Grazer Schwimmbadgäste schon wieder eine Tarifierhöhung in den städtischen Freibädern mit sich. So steigen die Preise im Schnitt um 10 Cent. Damit kostet der Tageseintritt für Erwachsene demnächst bereits 6,80 Euro, in der Auster sogar 8 Euro.

Die Saisonkarte knackt heuer erstmals die 160-Euro-Marke, in der Auster mit 180,60 Euro sogar die 180er-Marke.

Der Eintritt in unsere stadteigenen Bäder sollte für alle Grazerinnen und Grazer leistbar sein, denn Schwimmen macht nicht nur Spaß, sondern fördert auch die Gesundheit von Jung und Alt. Vor allem für Familien und Menschen mit niedrigem Einkommen sollte Baden in den Grazer Freibädern eine leistbare Alternative zur Urlaubsreise darstellen.

Eine für Grazerinnen finanziell unterstützte Saisonkarte ähnlich der Öffi-Jahreskarte könnte durchaus wieder Freude am Baden verbreiten. Sehr viele Umlandgemeinden stützen schließlich für ihre BürgerInnen auch die Saisonkarte leistbar und günstig im Tarif.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrates sowie der Herr Finanzstadtrat werden höflichst ersucht, zu evaluieren und zu prüfen, ob, wie im Motivenbericht beschrieben, eine von der Stadt Graz finanziell unterstützte Saisonkarte für die Grazer Bäder für alle GrazerInnen eingeführt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.8 Wetterpanorama
(GR Mag. Moser, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Fernsehsendung „Wetterpanorama“ wird täglich im ORF2 das aktuelle Wetter aus verschiedenen Tourismusörtlichkeiten wie Schi- und Wandergebieten sowie auch aus den Städten Wien und Salzburg übertragen. Eine Übertragung der aktuellen Aufnahmen der Webcam am Grazer Schloßberg im ORF2 wäre für die steirische Landeshauptstadt Graz sicher eine sehr interessante und wertvolle Aufwertung, durch die unsere Stadt eine entsprechende Werbewirksamkeit erfahren würde. Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob eine Übertragung der Bilder bzw. Videos der Schloßberg-Webcam in das ORF-Wetterpanorama übernommen werden könnte.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.9 Park + Bike
(GRⁱⁿ Mag.^a Schleicher, FPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Frühling kommt, es wird wärmer und die Menschen fahren wieder gerne mit dem Fahrrad. Sicher würden auch gerne Pendler aus dem Grazer Umland in der Stadt Graz mit dem Fahrrad fahren, wollen oder können aber auf das Auto vor Ort nicht verzichten, weil es vielleicht sehr flexible Arbeitszeiten gibt, die Kinder vom Kindergarten oder der Schule zu holen sind oder weil am Heimweg noch ein großer Lebensmitteleinkauf bevorsteht.

Es soll eine Möglichkeit geschaffen werden, Fahrräder auf Park+Bike-Parkplätzen, geschützt vor Wind und Wetter sowie nach Möglichkeit auch videoüberwacht, abzustellen. Am Hauptbahnhof gibt es bereits seit längerer Zeit ein von der ÖBB umgesetztes Modell für Zugreisende. Ein daran angelehntes Modell könnte den Umstieg auf das Fahrrad auch für Einpendler, die zumindest bis zur Stadtgrenze auf das Kfz angewiesen sind, attraktiv machen. Denkbar wären dabei Standorte im Bereich der Haupteinfahrtsrouten. Eine zusätzliche koordinierende Absprache mit den Bürgermeistern der Umlandgemeinden zur Erforschung eines dahingehenden Interesses wäre sinnvoll.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob ein derartiges Konzept umsetzbar wäre. Ein entsprechender Bericht möge dem zuständigen

Ausschuss bzw. dem Gemeinderat nach Möglichkeit noch vor dem Sommer übermittelt werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.10 Der Aita-Teich soll Naherholungsgebiet werden
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grünen)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in St. Peter und Messendorf entwickelten sich im 19. Jahrhundert aufgrund des Bedarfs an Baumaterial in der Gründerzeit große Ziegelfabriken und mit ihnen die Ziegelteiche, die beim Materialaushub (Lehm und Ziegel) entstanden. Einer dieser Ziegelteiche ist der Aita-Teich, benannt nach der Familie Aita. Er liegt am Petersbach zwischen Peterstalstraße und Petersbergenstraße gleich in der Nähe der St.-Peter-Kirche und -Volksschule.

Im Zuge der Hochwasserschutzmaßnahmen am Petersbach startet derzeit die Errichtung eines Rückhaltebeckens im Bereich Aita-Teich. Für die Geländeänderungen und Tieferlegung waren leider Baumfällungen notwendig, aber die vorliegenden Planungen lassen hoffen, dass ein sehr naturnahes Areal entsteht. Der Teich ist naturnah geplant und wird nicht nur größer, sondern durch die Vertiefung auch von der Gewässerqualität her stabiler werden und es wird auch Flachwasserzonen geben. Temporär ist ein Ersatzteich vorgesehen, in den die Fische umgesiedelt werden, letztlich soll auch der Fischbestand auf mehr Naturnähe umgestellt werden. Es sind viele Nachpflanzungen u.a. mit Frühlingsgeophyten geplant, eine Planung, die auch bei einem Großteil der AnrainerInnen für positive Rückmeldungen sorgte.

Die Voraussetzungen für ein naturnahes Naherholungsgebiet sind sehr gut, zumal die Republik Österreich bereits außergrundbücherlicher Eigentümer ist und der Teich bald öffentliches Wassergut wird. Derzeit liegt allerdings das Nutzungsrecht bei einem Eisstockverein, dessen Pachtvertrag dahingehend adaptiert werden müsste, dass das Areal und der Teich künftig öffentlich nutzbar sind. Der Aita-Teich könnte nach vollendeter Umgestaltung zugänglich gemacht werden, z.B. bei entsprechenden Temperaturen für Eislaufen im Winter, was früher erlaubt und sehr beliebt war. Das Gebiet würde sich auch als Erholungsareal im Sommer eignen. Dies wäre gerade vor dem Hintergrund einer zunehmenden Verbauung in St. Peter und der damit einhergehenden Verringerung der Grünflächen von besonderer Bedeutung.

Daher stelle ich seitens der Grünen – ALG folgenden

Antrag:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz mögen

- 1.) im Zuge des Ausbaues des Retentionsbeckens Aita-Teich die Realisierung eines Naherholungsgebiets für die Grazer Bevölkerung prüfen und anstreben.
- 2.) mit dem im Motivenbericht genannten künftigen Besitzer Verhandlungen führen, damit der Pachtvertrag mit dem Eisstockverein dahingehend abgeändert wird, dass die künftige Öffnung und Nutzung des Aita-Teichs durch die Grazer Bevölkerung zum Eislaufen, Spaziergehen sichergestellt ist.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.11 Bauernmarkt am Universitätsgelände der KFU
(GRⁱⁿ Ussner, Grünen)**

Nach mehreren Gesprächen mit Studierenden der Karl-Franzens-Universität, wie die Universität nachhaltiger gestaltet werden könnte, hat uns eine klare Forderung erreicht: Das Universitätsgelände braucht einen Bauernmarkt.

Speziell für Studierende ist es praktisch, gleich vor Ort kleinere Mengen Gemüse von lokalen ProduzentInnen einkaufen zu können. Auch im Sinne einer Stadt der kurzen Wege wäre es sinnvoll, am Universitätsgelände einen Bauernmarkt anzubieten.

Deshalb stelle ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Antrag:

Vizebürgermeister Mario Eustacchio wird ersucht, mit den zuständigen Stellen der Karl-Franzens-Universität Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel, am Campus der KFU einen Bauernmarkt einzurichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.12 Straßenbahnlinie 4, Prüfung der Linienführung bis zum Magna-Werk
(GR Mag (FH) Muhr, SPÖ)**

Aus den Medien (z.B. Kleine Zeitung v. 26.4.2019) war zu entnehmen, dass die Studie von Willi Hüsler bezüglich des Fahrgastpotenzials für mehrere neue Straßenbahnlinien kurz vor der Endpräsentation stünde.

In dieser Studie wird die Anbindung von Gösting und Straßgang äußerst positiv bewertet. Ebenso wird in dieser Studie auch die „Wiederbelebung“ der Straßenbahnlinie 2, die somit die Karl-Franzens-Universität und die Kepler- und Heinrichstraße an das öffentliche Straßenbahnnetz anbindet, angedacht, die viele positive verkehrstechnische Effekte mit sich bringen würde.

Trotz dieser positiven Entwicklungen wird in dieser Studie eine mögliche bessere Anbindung des Grazer Bezirks Liebenau und insbesondere des Werkes der Fa. Magna anscheinend nicht berücksichtigt, obwohl in diesem Gebiet einer der größten Arbeitgeber unserer Stadt seinen Standort hat.

In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die Verkehrsplanung soll im Rahmen der Hüsler-Studie die Effekte einer möglichen Anbindung des Werkes Magna durch die Straßenbahnlinie 4 prüfen. In diesem Zusammenhang sollen gleichzeitig die möglichen Linienführungen bzw. die Möglichkeiten einer Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 vom Murpark bis zum Magna-Werk geprüft werden und im Rahmen der Hüsler-Studie im Verkehrsausschuss vorgestellt und diskutiert werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.13 Verkehrskonzept Messequadrant
(GR Mag. (FH) Muhr, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Messequadrant ist ein stark wachsender Stadtteil von Graz und das Zentrum des Bezirks Jakomini. Hier sind in relativ kurzer Zeit viele Neubauten wie z.B. das Styria-Gebäude, der Merkur-Campus, die Ballsporthalle in der Hüttenbrennergasse oder das City-Gate-Wohnprojekt entstanden, und darüber hinaus sind noch einige große Projekte wie z.B. die Verbauung des Messeparkplatzes in der Fröhlichgasse und des Areals der ehemaligen Kirchnerkaserne geplant.

Dass all diese Projekte sich belastend auf die Verkehrslage dieses Stadtteils auswirken, ist nicht von der Hand zu weisen und wurde auch in einer Studie aus dem Jahre 2004 bestätigt. Es ist nun aber dringend notwendig, eine Überarbeitung bzw. Anpassung dieser alten Studie vorzunehmen und eine Neubewertung des Verkehrskonzepts mit einer Verkehrsfrequenzzählung durchzuführen.

In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die Abteilung Verkehrsplanung möge umgehend ein Verkehrskonzept für den Stadtteil Messequadrant sowie eine Verkehrszählung durchführen und entsprechende Maßnahmen für das derzeitige und zukünftige Verkehrsaufkommen erarbeiten. Dieses Verkehrskonzept soll dem Verkehrsausschuss bis spätestens September 2019 in schriftlicher Form zur Beratung vorgelegt werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.14 Verkehrsspiegel Kasernstraße 60 (Liebenauerhof)
(GR Mag. (FH) Muhr, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Demnächst wird mit der Errichtung eines Gehsteigs in der Kasernstraße, entlang der Heimgartenanlage Schönauf, begonnen und somit auch ein langjähriger Wunsch der Bevölkerung und der Pächter von Heimgärten umgesetzt.

Der Parkplatz an der Adresse Kasernstraße 60 ist ein wichtiger Zulieferpunkt für die oben erwähnten Pächter, die für Ihre Heimgartenanlage sperrige Materialien anliefern. Sie parken dort ihre Kraftfahrzeuge und transportieren in weiterer Folge ihre Materialien zu ihren Heimgartenanlagen.

Nun wurde von dieser Personengruppe der Wunsch geäußert, auf Höhe des Parkplatzes in der Kasernstraße 60 einen Verkehrsspiegel zu errichten, da die Kasernstraße stark befahren ist und die Ausfahrt aus dem Parkplatz ein großes Risiko darstellt.

In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Das Straßenamt möge im Zuge der Errichtung des neuen Gehsteigs in der Kasernstraße einen Verkehrsspiegel auf der Höhe der Kasernstraße 60 errichten, um das hohe Unfallrisiko für die abfahrenden Kraftfahrzeuge an dieser Stelle zu reduzieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.15 PensionistInnen-Turnen muss leistbar bleiben
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der PensionistInnenverband bietet zahlreiche Angebote und Veranstaltungen, die dafür sorgen, dass ältere Menschen aktiv und gesund bleiben und auch im Alter am sozialen Leben teilhaben können und nicht vereinsamen. Eines dieser Angebote ist das PensionistInnen-Turnen, das in verschiedenen Grazer Schulen stattfindet. Das Turnen erfreut sich unter den PensionistInnen großer Beliebtheit, unter anderem weil es leistbar ist. Denn zu bezahlen waren bisher lediglich die jeweiligen SchulwartInnen. Das hat sich nun allerdings geändert, denn seit neuestem müssen die PensionistInnen zusätzlich auch noch Miete für die Turnsäle bezahlen. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso von den PensionistInnen plötzlich eine Saalmiete verlangt wird. Die bisherige Regelung hat ausgezeichnet funktioniert, man kann sich daher über diese neuen Kosten nur wundern. Vor allem, weil die Turnsäle Jugendlichen richtigerweise im Rahmen von Freizeitangeboten ohne Saalmiete zur Verfügung gestellt werden. Hierbei handelt es sich um eine unfaire Benachteiligung der PensionistInnen. Die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung sind genauso wichtig wie jene von jüngeren Menschen. Sowohl Jugendliche als auch PensionistInnen sollten daher die Turnsäle mietfrei benutzen können. Die Teilnahme am sozialen Leben muss allen Altersschichten kostenfrei und uneingeschränkt möglich sein.

Deshalb stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die Stadt Graz soll dem PensionistInnenverband ebenso wie Jugendlichen die Turnsäle der Stadt Graz mietfrei zur Verfügung stellen, damit alle Altersschichten der Bevölkerung leistbar am sozialen Leben teilhaben können und sich in ihrer Freizeit sportlich betätigen können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 09. Mai 2019

Damit ist die ordentliche nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 16.50 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter
Mag. (FH) Mario Eustacchio

Stadtrat
Kurt Hohensinner, MBA

Stadtrat
Dr. Günter Riegler

Schriftführer und Schriftprüferin

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Die Schriftprüfer:
GR Mag. Rudolf Moser

wörtliches Protokoll erstellt von: Carina Reiter und Christiane Plank